

## Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

<b>I. Aktuelles aus der Gesetzgebung</b>	1
1. Gesetzentwurf zur Auflösung des Landesschulamtes vorgelegt	1
2. SPD-Fraktion im Hessischen Landtag will die „DuZ“ erhöhen	2
3. Novellierung der Hessischen Beihilfenverordnung geplant (?)	3
<b>II. Aus der Rechtsprechung</b>	3
1. BVerwG: Zulage nach § 46 BBesG auch bei „Topfwirtschaft“	3
2. BVerwG zum Besoldungsdienstalter und Dienstaltersstufen nach §§ 27, 28 BBesG a. F.	4
<b>III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen</b>	4
Entgeltordnung zum TV-H	4
<b>III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten</b>	6
<b>IV. Neues auf Rehmnetz</b>	6
1. Beamtenrecht	6
2. Gleichstellungsrecht	6
3. Tarifrecht	7
4. Blog zum Beamtenrecht	7

### I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

#### 1. CDU und Bündnis90/Die Grünen legen Gesetzentwurf zur Auflösung des Landesschulamtes vor

Wie in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, haben die Regierungsfractionen von CDU und Bündnis90/Die Grünen im Hessischen Landtag den Gesetzentwurf zu dem erst mit Wirkung zum

1.1.2012 geschaffenen Landesschulamtes vorgelegt („Gesetz zur Neustrukturierung der hessischen Bildungsverwaltung“). Die erste Lesung hat am 15.10.2014 stattgefunden. Wie üblich, wurde der Entwurf zunächst in den zuständigen Ausschuss zur Beratung verwiesen. Im Kern sieht der Entwurf folgendes vor:

- Auflösung des Landesschulamtes mit Wirkung zum 1.4.2015,
- es wird eine eigene Behörde mit der Bezeichnung „Hessische Lehrkräfteakademie“ errichtet,
- als untere Schulaufsichtsbehörden werden 15 Staatliche Schulämter mit regionalen Zuständigkeiten geschaffen. Über den Dienstsitz des jeweiligen Schulamtes entscheidet das Kultusministerium,
- die Beschäftigten des jetzigen Landesschulamtes werden gesetzlich an das jeweilige Staatliche Schulamt versetzt. Dadurch entfällt das Mitbestimmungsrecht der Versetzung, Umsetzung etc. im Einzelfall,
- die Amtszeit des derzeitigen GPR beim Landesschulamte endet mit Ablauf des 31.3.2015,
- sowohl im HGIG als auch im HPVG werden die entsprechenden Folgeänderungen vollzogen.



#### Produktipp

##### pcBeamte

PC-Programm zur Ermittlung von Brutto- und Nettoeinkünften für Beamte, Richter und Soldaten.



CD-ROM  
Stand 28. Aktualisierung Juli 2014  
wird ca. 2 mal im Jahr aktualisiert

€ 54,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen  
ISBN 978-3-7685-8024-3

[\[Mehr Info\]](#)

Dies betrifft die Bestellung von Frauenbeauftragten bei den Staatlichen Schulämtern sowie der Lehrkräfteakademie. § 91 HPVG, der erst im Jahre 2012 durch die Bildung des Landesschulamtes geändert wurde, wird erneut angepasst. Es wird klargestellt, dass als Dienststellen im Sinne des HPVG alle allgemeinbildenden und beruflichen Schulen etc. gelten,

g) weitere Folgeänderungen werden im Bereich des HBesG sowie der HLVO nachvollzogen.

Ob der beabsichtigte Zeitplan (Auflösung mit Wirkung zum 1.4.2015) eingehalten werden kann, ist derzeit noch offen. Das Thema stand nicht auf der Tagesordnung der Plenarsitzungen vom 25.11. bis 27.11.2014. Die letzten Plenarsitzungen nach Plan finden in der Zeit vom 16.12. bis 18.12.2014 statt.

*Entwurf für ein Gesetz zur Neustrukturierung der Bildungsverwaltung: LT-Druck. 19/971 v. 7.10.2014.*

## 2. SPD-Fraktion will Erhöhung der Zulage für den „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ („DuZ“)

Für die Plenarsitzungen des Hessischen Landtages in der Zeit vom 25.11. bis 27.11.2014 hatte die SPD-Fraktion einen Antrag eingereicht, mit dem erreicht

werden soll, dass die seit rd. 9 Jahren in Hessen nicht mehr erhöhte „Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten“ („DuZ“) angepasst wird.

Zur Begründung führt die Fraktion aus, dass in Zusammenhang mit den massiven personellen Einsparmaßnahmen und finanziellen Einsparungen im Landesdienst im Jahre 2004 u. a. die Höhe für die „DuZ“ eingefroren und seit rund neun Jahren nicht mehr verändert wurde. Deshalb bestünde dringender Handlungsbedarf. Die betroffenen Beamtinnen und Beamten seien durch den Dienst an Feiertagen, den Wochenenden und in der Nacht in besonderer Weise zusätzlich belastet, sodass es geboten und erforderlich sei, die mit diesem besonderen Dienst verbundenen Erschwernisse angemessen finanziell auszugleichen und damit zu einer gerechteren Bezahlung beizutragen. Nach der Föderalismusreform I hat das Land Hessen seit 2006 die für eine eigenständige Landesregelung erforderliche Gesetzgebungskompetenz. Hiervon habe sie aber bislang keinen Gebrauch gemacht. Zwar ermächtigt § 49 Satz 1 HBesG die Landesregierung zum Erlass einer entsprechenden Verordnung, dies sei aber bislang nicht geschehen. Gem. § 72 Abs. 1 Nr. 2 HBesG gilt die Erschwerniszulagenverordnung (EZuLV) des Bundes in der Fassung v. 31.8.2006 statisch weiter.

Im Einzelnen wird angestrebt:

Art des Dienstes	Zulage alt	Zulage neu	Differenz
Dienst an Sonntagen, gesetzlichen Wochenfeiertagen, an den Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12.00 Uhr sowie am 24.12. und 31.12. jeden Jahres nach 12.00 Uhr	2,72 €	3,50 €	+ 0,78 €
An den übrigen Samstagen in der Zeit zwischen 13.00 Uhr und 20.00 Uhr	0,64 €	0,90 €	+ 0,26 €
Im Übrigen in der Zeit zwischen 20.00 Uhr und 06.00 Uhr	1,28 €	3,00 €	+ 1,72 €
Zulage für Polizeibeamtinnen- bzw. -beamte, die in operativ tätigen Einheiten Dienst versehen, für die nach § 20 Abs. 1 und 4 der EZuLV (Bund) für den Schicht- und Wechselschichtdienst geregelte Zulagen gewährt werden.	<b>Hinweis:</b> § 20 EZuLV ist im Bundesrecht aufgehoben und wurde ersetzt durch die §§ 17a ff. EZuLV.		

Materiell soll damit sichergestellt werden, dass in Hessen zum einen die Zulagen nach rd. 9 Jahren mal wieder dynamisiert werden. Insgesamt betrachtet wäre es aber auch angezeigt, von der Ermächtigung des § 49 Abs. 1 HBesG Gebrauch zu machen und eine eigene, hessische Erschwerniszulagenverordnung zu erarbeiten, um den spezifischen landesrechtlichen Bedingungen gerecht zu werden.

Der Antrag wurde entgegen den Absichten aus Zeitgründen nicht während der Plenarsitzungen v. 25.11. bis 27.11.2014 behandelt und von der Tagesordnung abgesetzt. Er kann jetzt frühestens während der Plenarsitzungen v. 16.12. bis 18.12.2014 aufgerufen werden.

Antrag der SPD-Fraktion v. 3.6.2014, LT.-Drucks. 19/459

### 3. Novellierung der Hessischen Beihilfenverordnung geplant (?)

Kurz vor Redaktionsschluss dieses Newsletters Ende November 2014 wurde bekannt, dass die Landesregierung offensichtlich eine Novellierung der Hessischen Beihilfenverordnung (HBeihVO) plant. Eine entsprechende Ankündigung findet sich bereits in der Koalitionsvereinbarung von CDU und Bündnis90/Die Grünen 2014-2019 v. Dezember 2013:

*„Schließlich werden wir die hessischen Standards bei der Gewährung von Beihilfe anpassen“.*

Seite 7, Zeilen 253 und 254 der Koalitionsvereinbarung.

Dem Vernehmen nach ist mit der Vorlage eines Entwurfes und der Einleitung der üblichen Beteiligungsverfahren noch in diesem Jahr zu rechnen. Schon die vorherige Koalitionsregierung aus CDU

und FDP hatte im Jahre 2011 den Versuch unternommen, eine grundsätzliche Novellierung der HBeihVO durchzusetzen, war dabei jedoch an einem breiten Widerstand von Gewerkschaften und Krankenkassen gescheitert (vgl. Newsletter 3 v. Juli 2011, S. 2, Nr. 4 v. Oktober 2011, S. 2 sowie Nr. 1 v. Januar 2012, S. 1.)

## II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

### 1. BVerwG: Zulage bei der Wahrnehmung höherwertiger Aufgaben auch bei „Topfwirtschaft“

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat entschieden, dass die „Topfwirtschaft“ die Gewährung der Zulage nach § 46 BBesG (Zulage wegen längerer Wahrnehmung der Aufgaben eines höherwertigen Amtes) nicht ausschließt. „Die „haushaltsrechtlichen Voraussetzungen“ für eine Beförderung, die für eine bei längerer Wahrnehmung der Aufgaben eines höherwertigen Amtes u. U. zu zahlende Zulage nach § 46 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) vorliegen müssen, sind dann gegeben, wenn eine entsprechende freie Planstelle vorhanden ist und der Besetzung der Planstelle keine haushaltsrechtlichen Hindernisse entgegenstehen. Eine feste Verknüpfung von freier Planstelle und wahrgenommenem höherwertigem Dienstposten ist dafür bei der sog. „Topfwirtschaft“ nicht erforderlich. Die Kläger sind Finanzbeamte des gehobenen Dienstes in Brandenburg und als Sachbearbeiter in einem Finanzamt tätig. Über mehrere Jahre hinweg waren bzw. sind sie auf höherwertigen Dienstposten eingesetzt. Ihre Anträge auf Zahlung der Zulage nach der hier noch anwendbaren Bundesregelung des § 46 BBesG waren bislang erfolglos geblieben. Das BVerwG hat die Berufungsurteile aufgehoben und die Verfahren an das Berufungsgericht zurückverwiesen.

Nach § 46 Abs. 1 BBesG erhalten Beamte und Soldaten, denen die Aufgaben eines höherwertigen Amtes vorübergehend vertretungsweise übertragen werden, nach 18 Monaten der ununterbrochenen Wahrnehmung dieser Aufgaben eine Zulage, wenn in diesem Zeitpunkt die haushaltsrechtlichen und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für die Übertragung dieses Amtes vorliegen; die Zulage wird nach § 46 Abs. 2 BBesG in Höhe des Unterschieds-

### Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

betrages zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe des Beamten oder Soldaten und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe des höherwertigen Amtes gewährt. Haushaltsrechtliche Voraussetzung für die Übertragung des höherwertigen Amtes – also für die Beförderung der Beamtin bzw. des Beamten – ist, dass sie oder er in eine entsprechend bewertete Planstelle eingewiesen werden könnte. Das folgt aus § 49 der Bundeshaushaltsordnung bzw. der Vorschrift der jeweiligen Landeshaushaltsordnung.

Die Einweisung in eine entsprechende Planstelle setzt voraus, dass es eine freie Planstelle der entsprechenden Wertigkeit gibt. Es dürfen der Besetzung keine haushaltsrechtlichen Hindernisse entgegenstehen (z. B. Kw-Vermerk, Haushaltssperre). Mit dieser Auslegung wird dem Normzweck des § 46 BBesG Rechnung getragen. Dieser besteht darin, einen Anreiz für Beamtinnen bzw. Beamte zu schaffen, einen höherwertigen Dienstposten vertretungsweise zu übernehmen, die mit dem wahrgenommenen Amt verbundenen erhöhten Anforderungen zu honorieren und den Dienstherrn davon abzuhalten, freie Stellen auf Dauer aus fiskalischen Gründen nicht entsprechend der Bewertung gemäß der Ämterordnung des Besoldungsrechts zu besetzen.

In den Fällen, in denen eine größere Anzahl höherwertiger Dienstposten einer geringeren Anzahl entsprechender Planstellen gegenübersteht und die Planstellen von Fall zu Fall – regelmäßig bei sog. Beförderungsrunden – dort verwendet werden, wo eine Beförderungsmöglichkeit ausgeschöpft werden soll (sog. „Topfwirtschaft“), kann es vorkommen, dass die Anzahl der nach § 46 BBesG Anspruchsberechtigten höher ist als die Anzahl der freien und besetzbaren Planstellen der entsprechenden Wertigkeit. In einem solchen Fall können die Anspruchsberechtigten die Funktionszulage nicht in voller Höhe, sondern nur anteilig „nach Kopfteilen“ erhalten. Nur so kann dem Normzweck des § 46 BBesG und zugleich der im Begriff der „haushaltsrechtlichen Voraussetzungen“ angelegten Begrenzung auf die bereitstehenden Haushaltsmittel Rechnung getragen werden.

### Übertragbarkeit auf Hessen:

Die vorliegende Entscheidung basiert auf § 46 BBesG, das in dem entsprechenden Bundesland noch Anwendung findet. Sie ist auf Hessen voll-

ständig übertragbar, mit § 48 HBesG besteht eine insoweit vergleichbare Vorschrift. Im Unterschied zum Bundesrecht wird die Zahlung der Zulage aber nicht erst nach 18 Monaten, sondern bereits nach 6 Monaten „fällig“ (§ 48 Abs. 1 HBesG).

*BVerwG v. 25.9.2014, Az.: 2 C 16.13*

### 2. Auch BVerwG verwirft das System des Besoldungsdienstalters und der Dienstaltersstufen nach § 27, 28 BBesG a. F.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat am 30.10.2014 entschieden, dass das alte System der Dienstaltersstufen und der Berechnung der Ersteinstufung auf der Basis des 21. Lebensjahres eine europarechtswidrige Diskriminierung wegen Alters darstellt. Es hat Beamtinnen und Beamten, die die Besoldung aus der jeweils höchsten Dienstaltersstufe ihrer Besoldungsgruppe geltend gemacht hatten, in begrenztem Umfang Entschädigungsansprüche zugesprochen.

#### a) Ausgangslage

Vor dem Hintergrund einiger verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen außerhalb Hessens, aber auch in Hessen selbst sowohl zur R-Besoldung (*VG Frankfurt a. M. v. 20.8.2012, ZBR 2013, S. 172*) als auch zur A-Besoldung (*VG Frankfurt a. M. v. 25.7.2013*), zeichnete sich ab, dass nach der entsprechenden Regelung im BAT auch dieses System nicht mehr zu halten war. Seitens einiger Gewerkschaften wurde dazu aufgefordert, Ansprüche auf Besoldung aus der letzten Dienstaltersstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe geltend zu machen. Dies betraf (und betrifft) diejenigen Beamtinnen und Beamten in der A- und R-Besoldung. Die Besoldungsordnungen B bzw. W waren hingegen wegen des jeweils anderen Systems nicht betroffen.

Die Geltendmachung bezog sich auf die Differenzzahlung zwischen individueller Dienstaltersstufe sowie der Endstufe in der jeweiligen Besoldungsgruppe und dies bis zum Zeitpunkt der Überleitung in das neue Recht, mithin also bis einschließlich Februar 2014. Mit dem Beginn des neuen Rechts (März 2014) sollte dieser Anspruch erledigt sein, weil dann ein anderes System gilt. Auf der Grundlage etlicher Vorlagebeschlüsse aus verschiedenen Bundesländern hat das BVerwG jetzt entschieden. Ein Verfahren aus Hessen war nicht dabei. Dies ist aber



letztlich ohne Bedeutung, da es sich jeweils um den gleichen Sachverhalt handelt. Die hessischen Verfahren wurden (vermutlich) alle bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung ausgesetzt.

### b) Die Entscheidung

Die schriftlichen Urteilsgründe liegen noch nicht vor. Von daher ist es für eine abschließende Bewertung noch zu früh. Gleiches gilt für die Frage, ob die Entscheidungen rechtskräftig werden oder nicht. Als eine **erste Bewertung** kann man jedoch festhalten: Das *BVerwG* wie schon zuvor der Europäische Gerichtshof (EuGH), hat das frühere System der §§ 27, 28 BBesG a. F. wegen der Anknüpfung an das Lebensalter als eine unzulässige Diskriminierung wegen des Alters verworfen. Nachteilig betroffen sind jüngere Beamtinnen und Beamte. Es hat denjenigen, die höhere Besoldungszahlungen beantragt haben, eine **pauschale Entschädigung von 100,00 Euro mtl.** zuerkannt. Offen ist noch, wann dieser Anspruch beginnen soll.

Ab Beginn des Jahres, in dessen Verlauf der Anspruch geltend gemacht wurde, ab dem Monat, in dem geltend gemacht wurde oder sogar im Extremfall mit Blick auf die zivilrechtliche Verjährungsfrist von 3 Jahren rückwirkend bis frühestens August 2006? Hier wird man die schriftlichen Urteilsgründe abwarten müssen. Klar ist hingegen, wann der Anspruch endet: In Hessen mit Ablauf des Monats Februar 2014, weil ab dem 1.3.2014 das neue Hessische Besoldungsgesetz (HBesG) gilt, das im Falle der Ersteinstellung grundsätzlich eine Einstufung in die Stufe 1 der jeweiligen Besoldungsgruppe vorsieht. Offen muss derzeit auch bleiben, warum das Gericht keine „Spitzabrechnung“ vornehmen lassen will, also die Berechnung der exakten Differenz zwischen der Dienstaltersstufe, in der man sich befand, sowie der höchsten Dienstaltersstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe. Weiterhin hat das *BVerwG* wie schon zuvor der *EuGH* mit seiner Entscheidung v. 19.6.2014 auch das System der Überleitung als korrekt betrachtet. Nicht zu erkennen ist derzeit, ob auch über die Ansprüche aus der R-Besoldung entschieden wurde.

### c) Wie weiter?

Es muss die Vorlage der schriftlichen Urteilsgründe abgewartet werden, bevor das weitere Verfahren eingeschätzt werden kann. Von daher ist mit der

kurzfristigen Auszahlung geltend gemachter Ansprüche eher nicht zu rechnen. Derzeit droht auch noch keine Verjährung des geltend gemachten Anspruchs. Die 3jährige Verjährungsfrist (§ 195 BGB) begann mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist. Wenn erstmalig im Januar 2012 Ansprüche geltend gemacht wurden, dann begann die Verjährung am 31.12.2012, 24.00 Uhr (§ 199 Abs. 1 Nr. 1 BGB). Die Frist endet erst am 1.1.2016, 0.00 Uhr.

Wegen der Vielzahl der entschiedenen Vorlageverfahren wird hier auf die Wiedergabe der einzelnen Aktenzeichen verzichtet.



### Produktipp

#### Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

v. Roetteken / Rothländer

##### Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9511-7  
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

v. Roetteken / Rothländer

##### Teil IV: Beamtenrecht

#### Die umfassende Neukommentierung!

Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht



Loseblattwerk in 7 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9811-8  
€ 289,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

## II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

### Entgeltordnung zum TV-H vereinbart

Das Land Hessen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich am 10.10.2014 auf eine neue Entgeltordnung zum TV-H (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen) verständigt. Diese tritt rückwirkend zum 1. Juli 2014 in Kraft.

Mit der neuen Entgeltordnung wird das mehrere Jahrzehnte alte Eingruppierungsrecht des BAT (Bundes-Angestelltentarifvertrag) und des MTArb (Manteltarifvertrag für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder) abgelöst. Sie komplettiert damit den seit dem 1.1.2010 geltenden TV-H. Die neue Entgeltordnung bietet berufliche Entwicklungsperspektiven für die Beschäftigten des Landes. So kommt es zum Beispiel für bestimmte Beschäftigte in den niedrigeren Entgeltgruppen zu einer verbesserten Eingruppierung. Zudem sind die Entwicklungen des Arbeitsmarktes in den fachkräfterelevanten Bereichen – wie Ingenieure und Beschäftigte in technischen Berufen – durch verbesserte Eingruppierungen berücksichtigt worden. In ihren Grundzügen folgt sie der Entgeltordnung zum TV-L sowie der zum TVöD für den Bereich des Bundes.

Gleichwohl wurden ganze Bereiche hessenspezifisch neu geregelt, zum Beispiel die Eingruppierung im forstwirtschaftlichen Bereich oder auch für die Beschäftigten der Hessischen Wasserschutzpolizei. Zudem ist die insbesondere von den Gewerkschaften geforderte Verbesserung der Eingruppierung im Bereich der Archive, Bibliotheken, Büchereien und Museen vereinbart worden. Es gibt Verbesserungen für die Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau. Dort wird der hessenspezifische Erschwerniszuschlag für Fahrer von Mehrzweckfahrzeugen um 50,00 Euro monatlich erhöht und damit anerkannt, dass diese Beschäftigten eine sehr anspruchsvolle Arbeit leisten. Die ver.di-Tarifkommission hat dem Ergebnis am 23.10.2014 die Zustimmung erteilt. Die Redaktionsverhandlungen sind abgeschlossen, Ende November 2014 hat das Unterschriftenverfahren begonnen. Technisch betrachtet handelt es sich dabei um den 7. Änderungstarifvertrag zum TVÜ-H sowie den 9. Änderungstarifvertrag zum TV-H; beide Änderungsverträge sind vom

10.10.2014. Mit einer Veröffentlichung im Staatsanzeiger ist gleichwohl erst Anfang 2015 zu rechnen.

Wir beabsichtigen, die **Texte** im Rahmen der **295. Ergänzungslieferung** zum **HBR II/III** im **März 2015** zu veröffentlichen. Wahrscheinlich in der Januar-Ausgabe der „Zeitschrift für Tarifrecht“ (ZTR) wird ein Beitrag mit der Darstellung der wesentlichsten Inhalte erscheinen.

## III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

### Dezember 2014:

292. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
141. Aktualisierung der Teilausgabe IV  
§§ 20-23 HBG 2014, Vorschriften

### Januar 2015:

293. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
79. Aktualisierung der Teilausgabe I  
§§ 2, 72 HPVG, Fundstellenregister

### Februar 2015:

294. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
142. Aktualisierung der Teilausgabe IV  
§§ 24-26 HBG 2014, Vorschriften

### März 2015:

295. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
Tarifrecht  
TV-H, TVÜ-H, Entgeltordnung

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

## IV. Neues auf Rehmnetz

### 1. Beamtenrecht

[Überlastungsanzeige: Rechtliche Wirkung und notwendiger Inhalt](#)

### 2. Gleichstellungsrecht

[Kurzstellungnahme zum 5. Referentenentwurf des BGleig](#)

### 3. Tarifrecht

[Eingruppierung in der Praxis](#)

### 4. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlisperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamen und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Lokführerstreik und Daseinsvorsorge](#)

[Der Münchner im Himmel](#)

[Der öffentliche Dienst ist sexy](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

#### Impressum:

R.v.Decker, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München & Heidelberg,  
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg  
E-Mail: [claudia.luz@hjr-verlag.de](mailto:claudia.luz@hjr-verlag.de)  
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

#### Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an [hbr@hjr-verlag.de](mailto:hbr@hjr-verlag.de).

#### Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2014, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg